

Hauhaltsrede zur Generaldebatte des Haushaltsplan 2005

am 17.11.2004

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,

grundsätzlich können wir uns der Aussage unserer Oberbürgermeisterin anschließen, wenn sie den Haushalt bei seiner Einbringung auf den kurzen Nenner „Sparen, Schieben und Schwerpunkte bilden“ gebracht hat.

Zum zweiten Mal hintereinander ist der Verwaltungshaushalt so miserabel, dass er mit Mitteln aus dem Vermögenshaushalt ausgeglichen werden muss. Immerhin müssen wir mit 1,8 Mio. Euro den ganz offensichtlich zu ausgabenintensiven Teil unsere städtischen Tuns unterstützen, um einen ausgeglichenen Haushalt darstellen zu können.

Dabei muss es gerade umgekehrt sein. Die gesetzlichen Bestimmungen verlangen, dass der Verwaltungshaushalt eine Mindestzuführung wenigstens in Höhe der Kredittilgungen an den Vermögenshaushalt erwirtschaften muss. Wenn man diesen Umstand rechnerisch berücksichtigen will, was zu einer ordentlichen Betrachtung des Haushaltsplanes allerdings gehört, so fehlen im Verwaltungshaushalt nicht nur diese 1,8 Mio. Euro, sondern zusätzlich die vorgesehenen Tilgungen im Vermögenshaushalt mit ca. 1,1 Mio. Euro, zusammen also 2,9 Mio. Euro!! Der Stadtkämmerer hat in seinen Ausführungen dies auch besonders hervorgehoben.

Die Gesetzmäßigkeit des Haushaltes ist damit aus dem laufenden Geschäft heraus wieder nicht gegeben.

Bereits in der letzten Haushaltsdebatte haben wir diese Entwicklung massiv kritisiert und Korrekturen verlangt, für welche auch ausreichend Vorschläge unterbreitet wurden. Leider sind Sie in Ihren Beschlussfassungen zum letztjährigen Haushalt diesen Entwicklungen nicht genügend standhaft entgegengetreten und so kommt es nicht von ungefähr, dass sich die Haushaltslage nicht gebessert hat.

Nach den gegebenen Darstellungen, die einen nicht ausgeglichenen Haushalt zur Debatte stellen, können wir dem in dieser Form also nicht zustimmen.

Die bekannt schlechte Finanzsituation unserer Stadt zwingt uns, noch rigoroser auf der Ausgabenseite und zwar ausschließlich im Verwaltungshaushalt zu sparen, uns auf zwingende Notwendigkeiten zu beschränken, damit ein ausgeglichener Haushalt zustande kommt. Dies hat oberste Priorität und ist Bedingung für ein verantwortungsbewusstes Handeln im Interesse der Bürgerschaft und zum Wohle unserer Stadt.

Nach dem Verwaltungsentwurf vermindert sich das Haushaltsvolumen zum Vorjahr um über 6,2 Mio. Euro, das entspricht 6,32 %, bereinigt bleibt noch eine Minderung von 4,06 %.

Diese Minderung ist das Resultat einer gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Bundesgebiet, das eben auch auf kommunaler Ebene weniger Einnahmen bringt, aber auf der Ausgabenseite trotzdem zu Mehrkosten führt.

Mehrkosten ergeben sich in der Hauptsache aus Umlagen die die Stadt erbringen muss. Sei dies die Kreisumlage deren Erhöhung im Gespräch ist, oder die Vermögensumlage für die Neue Messe, wo bereits jetzt schon eine außerplanmäßige Ausgabe die Folge war.

Man sollte eigentlich meinen, dass „Sparen, Schieben und Schwerpunkte setzen“ dringend der Ergänzung bedarf die uns eine wirtschaftliche Entwicklung gebietet, – nämlich, realistische Denkweise und Einschätzung der weiteren Entwicklung. Gerade dies scheint im Verwaltungsentwurf nicht berücksichtigt zu sein.

Wenn man bei sinkendem Steueraufkommen und daraus resultierender Mindereinnahmen,

- bei rückläufigen Umsätzen im Einzelhandel,
- einer steigenden Zahl von Betriebsaufgaben,
- täglich neuen Insolvenzmeldungen,
- rückläufiger Kundenfrequenz
- uns alle ständig mehr belastenden Verteuerungen die jeden Einzelnen von uns intuitiv zum Sparen zwingen,

noch den Optimismus an den Tag legt, bei der Zuführung zum Vermögenshaushalt Mehreinnahmen mit über zwei Mio. Euro darzustellen, der stärkt zwar seine Psyche, aber handelt verantwortungslos.

Verantwortungslos in der Weise, dass er anhand fiktiver Zahlen einen Scheinhaushalt aufbaut, der wie eine Seifenblase platzt wenn nur eine Zahlenreihe nicht gegen gerechnet werden kann.

Da denke ich, reichen uns Eichel´s Sandkastenspiele.

Wo sollen denn 500.000,- Euro Gewerbesteuer Mehreinnahmen, oder 641.000,- Euro Mehreinnahmen durch Gebühren, Entgelte und andere Einnahmen herkommen?

Noch verantwortungsloser wirkt das ganze, wenn Wenigerausgaben die Zuführung scheinbar auf über 4 Mio. ansteigen lassen.

Damit müssen aber Wenigereinnahmen in Höhe von über 960.000,- und Mehrausgaben von 2.860.000,- Mio. Euro ausgeglichen werden, dass gegenüber 2004 letztendlich noch spekulative 300.000 Euro verminderte Zuführung zum Verwaltungshaushalt übrig bleiben.

Was aber, wenn diese illusorischen Mehreinnahmen ausbleiben ?

Dann steigt die negative Zuführungsrate auf über das doppelte, das heißt, dass wir mit annähernd 3,5 Mio. Euro beinahe 5 % des Haushaltsvolumens verlieren werden.

Dies kann aber alles dahingestellt bleiben, denn die Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt bleibt nach wie vor rechtswidrig, weil die Zuführung nach dem Gesetz gerade in anderer Richtung fließen muss.

Unserer Ansicht nach ist die Verbesserung der defizitären Situation nicht absehbar, und wird sich in den nächsten Jahren eher noch verschlechtern. Dadurch bleibt uns nur eines zu tun, - nämlich mit aller Härte Streichungen auf der Ausgabenseite vorzunehmen. Nur das führt unsere Stadt in eine sichere Zukunft.

Dies bedeutet aber auch eine bewusst verantwortungsvollere Entscheidungsfindung durch uns als gewählte Vertreter der Bürgerschaft. Das heißt, dass wir die Empfehlungen der Verwaltung intensiver durchleuchten, uns nicht jede Vorlage versüßt einverleiben und zustimmen, sondern auch des Öfteren „Nein“ sagen lernen.

Den größten Ansatz weitere Mittel einzusparen sehen wir vorrangig im Personalbereich. Auch wenn vom Bund der Steuerzahler mit den bereits antiquarischen Werten aus 2003 die Stadt Kirchheim bei der Personalintensität an erster Stelle steht, darf das für uns nicht bedeuten, dieses Niveau halten zu müssen.

Dies bestätigt uns die dreimonatige Wiederbesetzungssperre, in deren Zeitraum immerhin 400.000,- Euro eingespart werden sollen. Es zeigt realistisch, dass weniger Personal gleiche Arbeitsleistung in gleicher Zeit vollbringen kann.

Wir dürfen auch nicht davor zurückschrecken, Überlegungen anzustellen, durch eine Zusammenlegung von Ressorts weitere Einsparungen zu erreichen.

Möglichkeiten bestehen in der Zusammenlegung des Bauhofes und des Grünflächenamtes. Da beide Ämter in ihren Aufgabenbereichen sehr verbunden sind, könnte die Neubesetzung der Stelle des scheidenden Bauhofleiters ohne weiteres durch den Leiter des Grünflächenamtes erfolgen. Dadurch würden hohe Verrechnungsleistungen entfallen, was wiederum bei der Buchhaltung enorme Zeitersparnis bringt, und wir sparen uns die Personalkosten eines Dienststellenleiters.

Einen weiteren Ansatz sehen wir in der Auflösung des Baurechtsamtes, dessen Aufgaben im allgemeinen Genehmigungsablauf mit erfüllt werden könnten.

Ein „Geht nicht“ wie bisher in vielen Fällen üblich, können wir uns nicht mehr leisten. Da erscheint mir die Einstellung unseres neuen Bürgermeisters nach dem Motto „Geht nicht – gibt’s nicht“ der bessere Weg zu sein.

Folgend daraus könnte auch das in weitem Umkreis und sogar im Internet dargestellte schlechte Image unserer Stadt, begründet mit Kleinlichkeit und mangelndem Entgegenkommen, vor allem durch das Baurechtsamt, aufge bessert werden, und zu einer wieder eintretenden Investitionsbereitschaft auswärtiger Firmen führen. Damit würden wir gleichzeitig verstärkt Wirtschaftsförderung betreiben, Arbeitsplätze schaffen und das Steueraufkommen erhöhen.

Unter diesen Gesichtspunkten ist es absolut nicht vertretbar, dass begründet durch Tarifsteigerungen bereits 2,1 % Erhöhung der Personalkosten in 2005 vorgegeben werden. Dies ist eine nicht verantwortbare Maßnahme, dazu unser klares „Nein“.

Dass die Personalkosten in Höhe von über 18.5 Mio. Euro den Anteil von über 23% des Verwaltungshaushaltes ausmachen, hätte Unternehmen der freien Wirtschaft längst zur Insolvenz geführt.

Unser Ziel muss es daher sein, die Personalkosten innerhalb kürzester Zeit auf den vertretbaren Wert zu reduzieren. Ein realistischer Anteil am städtischen Haushalt muss nach unserer Auffassung weit unter 20% liegen und in Zukunft noch weiter abgesenkt werden. Andere Städte wie z.B. Freiburg machen uns dies bereits vor und haben entsprechende Maßnahmen angekündigt. Die öffentlichen Aufgaben können dennoch ausreichend erfüllt werden.

Es darf auch nicht sein, dass eine Maßnahme die die Verwaltung aus Geldmangel bis 2007 oder später zurückstellt, die sogar durch beantragte Bebauungsplanänderung komplett zu streichen wäre, durch Verwaltungsempfehlung abgelehnt werden soll.

Dabei ist festzustellen, dass die Verwaltung Ihre Hausaufgaben nicht richtig gemacht hat und neben „nicht“ aktuellen Sitzungsvorlagen auch noch bedingte Folgekosten für fünf daraus resultierende Maßnahmen nicht in die Kalkulation einrechnet.

So wird aus einer mit 285.000,- Euro veranschlagten Maßnahme durch mangelhafte Verwaltungsvorlagen eine Kostenfalle aufgetan, die gut und gerne weitere 100.000,- Euro für Rückbaumaßnahmen nach sich zieht. So jetzt geschehen im Bereich „Hafenkäs – Weppachweg“.

Solche Kalkulationsfehler haben sich die letzten Jahre bei vielen Baumaßnahmen ergeben, indem Folgekosten nicht berücksichtigt wurden und dadurch zu Nachtragsausgaben geführt haben. Letztes Beispiel ist die „Eichendorffstraße“ wo überplanmäßige Ausgaben von 175.000,- Euro angefallen sind.

All solche Maßnahmen bedürfen einer Deckung durch Haushaltsmitteln, die der Verwaltung auch dadurch entfallen, dass manchmal der Wille fehlt in ernsthaften Überlegungen auch Entscheidungen rückgängig zu machen.

Mögliche Wertschöpfungen ergeben sich auch durch den Verkauf von durch Fehlplanungen zu wertlosem und pflegebedürftigem Grünland gemachtes Bauland, das nur Kosten verursacht. Ein solcher Fall steht gerade zur Debatte und könnte mit „good will“ aller Beteiligten dem Vermögenshaushalt eine Zuführung von über 700.000,- Euro bringen.

Dass im Gemeinderat langsam die Erkenntnis durchgreift, nicht alles nur abnicken zu wollen ist ein positives Zeichen.

Ein erstes Beispiel ist die Ablehnung des Zukunftsgutachtens, für das rund 100.000,- Euro eingespart werden, oder der Tennenplatz in Ötlingen, wo die kleinere Lösung für nur 45.000 Euro beschlossen wurde, anstatt das 10 fache, nämlich 450.000,- Euro.

Schade ist nur, dass solche Erkenntnisse erst jetzt einkehrt finden, wenn kein Geld mehr da ist, so frei nach dem Motto

„Spare in der Not – da hast Du Zeit dazu“.

Nun haben wir noch eine Vielzahl von Investitionsvorhaben zu bewältigen die für 2005 oder später angesetzt sind.

Richtigerweise hat die Verwaltung den größten Brocken, die Nordwesttangente, für die immerhin 25 Mio. Euro veranschlagt wurden zurückgestellt. Diese Investition die mehr als ein Viertel eines Jahreshaushaltes ausmacht hätte zur Folge, dass alle anderen Vorhaben auf Jahre nicht zu finanzieren wären.

Wir sind da innerhalb unserer zwei Personen Gruppierung unterschiedlicher Meinung, aber unter Anbetracht der desolaten Finanzsituation wiederum in Übereinstimmung darüber, dass die NWT derzeit nicht gebaut werden kann.

Wichtige Maßnahmen sind nach wie vor die Ganztagsbetreuung an der Alleenschule und der Konrad – Widerholt – Schule, die durch erhöhte Betreuungszeiten in der Form eine Zukunftsinvestition sind, weil das Bildungsniveau allgemein gesteigert wird.

Der derzeit häufig zu beobachtenden geistigen Verarmung und mangelnden Allgemeinbildung bei Berufsanfängern kann somit entgegengewirkt werden.

Im Schulwesen sind höchste Prioritäten zu setzen und die notwendigste Baumaßnahme vorrangig anzugehen. Dies erscheint uns vor allem bei der Freihof Realschule der Fall, da die Stahlskelett - Konstruktion so gravierende Mängel hat, dass man besser heute als morgen mit dem Neubau beginnen müsste.

Dieses Vorhaben hat daher Vorrang vor der Sanierung der Konrad – Widerholt – Schule, die durch Ihre Massivbauweise ein noch vertretbares Erscheinungsbild offeriert.

Die geplanten Neubauten der Gießnauhalle in Nabern und der Sporthalle bei der Raunerschule erfordern eine nochmalige Überprüfung der Rangfolge, wobei grundsätzlich der Gießnauhalle als einzige Halle im Ortsteil Nabern der Vorrang einzuräumen ist.

Das Hallenangebot in der Kernstadt ist größer, womit sich bei schulischer Notwendigkeit die eine oder andere Ausweichmöglichkeit organisieren lässt.

Diese Baumaßnahmen erfordern zusammengefasst einen Investitionsbedarf von runden 18 Mio. Euro das entspricht etwa der Summe die wir für Personalkosten aufbringen müssen.

Wir sollten aber bei Investitionen im schulischen Bereich auch an die demographische Entwicklung denken. Einerseits wäre es fatal bei einer rückläufigen Geburtenrate nur an Zusammenlegungen und Schließung von Kindergärten zu denken, und bei Zukunftsplanungen für Ganztagsbetreuung von der heutigen Schülerzahl auszugehen.

Da ist ernsthaft nachzurechnen ob solche Entwicklungen nicht jetzt schon einkalkuliert werden müssen. In einigen Jahren teure Liegenschaften zu verwalten die nicht genutzt werden würde unseren Haushalt noch mehr belasten.

Sicher wäre die Nutzung einer Mensa von Schülern zweier Schulen denkbar. Dies wäre bei der Raunerschule und der Konrad - Widerholt Schule, die räumlich nicht so weit getrennt sind, möglich und bestimmt auch wirtschaftlicher.

Sie sehen also, dass uns keine andere Möglichkeit bleibt als Schwerpunktmäßig die Aufgaben zu sondieren.

Es wäre ein großer Fehler sich auf erhoffte Mehreinnahmen zu verlassen. Man muss eher vermuten, dass die Spekulationen auf die sich die Verwaltung stützt nicht eintreffen.

Einerseits mit Erlösen von jährlich 2 Mio. Euro aus dem Grundstücksverkauf im Kruichling zu rechnen,

die einem Wunschdenken entsprechen, und andererseits tatsächlich realisierbare Erlöse für die bereits ein Angebot vorliegt auszuschlagen, ist die falsche Politik.

Wir dürfen nicht nur auf die großen Sachen konzentrieren, sondern sollten auch die Kleinigkeiten detailliert unter die Lupe nehmen.

Bekanntlich gibt Kleinvieh auch Mist – oder nach dem altbekannten Sprichwort – „wer den Pfennig nicht ehrt, ist die Mark nicht Wert“.

Bei Durchsicht der einzelnen Posten, die sich die Stadt neu zu leisten gedenkt kommt schon das eine oder andere Mal eine mit Verwunderung zu betrachtende Veranschlagung zu Tage.

Sei das nur eine Sandkastenabdeckung für 2700,- Euro, wobei man sich fragt ob hier ein „Goldenes Dachl“ beschafft werden soll, das von Luigi Colani entworfen wurde. In dem noch bei vielen Bürger verankerten Umrechnungsfaktor zur alten Währung sind das satte 5400,- DM.

Sind für eine solche Abdeckung nicht auch ein paar Bretter und einige Qm Dachpappe ausreichend die nur 100,- Euro kosten?

Bei der Ausstattung mit Sportgeräten ist für eine Schule eine Matte für Hochsprung um 3600,- Euro und eine Matte für Stabhochsprung um 2000,- Euro verplant.

Ich frage mich ob bei dieser Preisvorgabe der Hochspringer tiefer fällt als der Stabhochspringer, dass deshalb diese Matte dicker sein muss weil sie annähernd das Doppelte kostet?

Ist denn der Stabhochsprung in das schulische Sportprogramm aufgenommen worden und wie vor Jahren im Boris Becker Tennisboom, mit Aktivsportlern überhäuft?

Ist eine Matte nicht ausreichend, die bei Bedarf beiden Sportarten zur Verfügung steht? Meist wird auch nur eine Sprunggrube für beide Sportarten benutzt wird.

Beim Friedhofswesen soll für 97.000,- Euro ein neuer Bagger beschafft werden obwohl der alte gerade mal 6 Jahre in Betrieb ist und noch über Jahre seine Aufgabe erfüllen kann.

Ein Kerzenkandelaber für 1050,- Euro, eine bereits in verschiedenen Trauerhallen vorhandene Sache, die von der Stadt nicht zu beschaffen wäre, da diese zum Angebot der Bestatter und Gärtner gehört.

Bei Auflistung mancher Positionen kommt man sich wahrlich vor als würde einem Sand in die Augen gestreut.

Wenn Drittfirmen für ca. 55.000,- Euro jährlich in 70 Sandkästen den Sand tauschen und für weitere 18.100,- Euro an anderen Stellen den Sand nur reinigen, könnte dies sogar zutreffend sein. Dieser Betrag erlaubt die Beschaffung von gesamt 730 Kubikmetern Sand. Für weitere 15.000,- Euro wird abgefallenes Laub entsorgt.

Dies wären grundsätzliche Aufgaben die bei 43 Mitarbeitern der Bauhof zu übernehmen hätte, sofern man sich diesen Luxus leisten kann, und keine Fremdfirmen.

Zur Lösung der innerstädtisch problematischen Verkehrssituation und zur Steigerung der Kundenfrequenz fordern wir aktive Wirtschaftsförderung dadurch, dass Parkuhren komplett abgeschafft werden und die Parkscheibenregelung eingeführt wird.

Die in Verbindung mit der Überbauung der Tiefgarage Schweinemarkt zurückgestellte Sanierung des südwestlichen Alleenrings bietet uns die Chance den Probelauf eines großen Kreisverkehrs während der gesamten Bauzeit zu testen.

Und zwar gegen den Uhrzeigersinn.

Dies hätte den Vorteil, dass die Ampeln bis auf wenig wichtige abgeschaltet werden könnten, Unterhaltskosten gespart würden, der Schadstoffausstoß durch reduzierte Kfz Leerlauf Standzeiten verringert würde und die zur Altstadt gelegene Fahrspur übergangsweise als zusätzliche Parkierungsfläche nutzbar wird.

Zusammenfassend stellen wir folgende Anträge:

- 1. Die Stadt erstellt unter Einfluss unserer Vorschläge einen gesetzmäßig vorgeschriebenen ausgeglichenen Haushaltsplan.**
- 2. Die Dienststellen des Bauhofes und des Grünflächenamtes werden zusammengelegt um die Aufgaben zu straffen und eine Dienstleiterstelle einzusparen.**
- 3. Das Baurechtsamt wird aufgelöst, seine Aufgabe wird dem Planungsamt mit übertragen um die Realisierung beantragter Bauvorhaben zu beschleunigen und einen zeitraubenden Prüfungsvorgang kombiniert mit der Genehmigungsbehörde durchzuführen.**
- 4. Im Personalbereich wird ein totaler Einstellungsstopp angeordnet um baldmöglichst die Personalkosten auf weit unter 20% des Verwaltungshaushaltes zu verringern.**
- 5. Die Beschaffung eines neuen Gräberbaggers wird bis zu dessen Notwendigkeit zurückgestellt.**
- 6. Die Parkuhren werden abgeschafft und dafür die Parkscheibenregelung eingeführt.**
- 7. Auf dem Alleenring wird während der Bauzeit zur Überbauung der Schweinemarkt Tiefgarage ein Kreisverkehr im Probelauf eingeführt um daraus wesentliche Erkenntnisse für die zukünftige Verkehrsführung zu gewinnen.**

8. Der Neubau der Gießnauhalle in Nabern wird dem Neubau der Sporthalle an der Raunerschule vorgezogen.
9. Die Stadt überprüft ob die für 2.700 Euro vorgesehene Sandkastenabdeckung, ein Sonnensegel für 700 Euro nicht günstiger beschafft werden können und ob Waschmaschinen für jeden Kindergarten zwingend erforderlich sind.
10. Die Stadt überprüft alle weiter im Haushaltsplanentwurf aufgeführten Posten daraufhin ob nicht günstiger beschafft werden kann.

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die im vergangenen Jahr und bei der Erstellung dieses Haushaltsplanes geleistete Arbeit.

Gegenüber der Verwaltung und den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates hegen wir die Hoffnung, dass unsere Anregungen, im Interesse der gesamten Bürgerschaft von Kirchheim und der Teilorte Jesingen, Ötlingen, Lindorf und Nabern bei der weiteren Gestaltung einer zukunftsfähigen Stadt Ihre Zustimmung finden.

Für die FDP – KiBü danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen eine gute Hand bei der Lösung zukünftiger Aufgaben.

Albert Kahle jun.